



Botschafter von Ungarn

An Herrn
Sven Afhüppe, Chefredakteur
Handelsblatt

CC:
An Herrn
Hans-Peter Siebenhaar, Korrespondent
Handelsblatt

Berlin, den 23. September 2019

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

im Handelsblatt vom 18. September erschien ein ungewöhnlich unfairer Artikel über die Länder Mittel- und Osteuropas, darunter Ungarn. Schon der Titel hatte es in sich: „Machtanspruch ohne Legitimation“. Erhebt ein Mitglied der EU den Anspruch, dass (auch) ihm mit Respekt begegnet wird, das Gleichheitsprinzip der Mitgliedstaaten Anwendung findet (EU-Vertrag Artikel 4), dann hat etwas gründlich missverstanden, wer dies als Machtanspruch interpretiert. Unser dahingehender Anspruch ist nebenbei auch schon durch unseren Status als Mitgliedsstaat legitimiert. Unsere Position ist ganz klar: der legitime Anspruch auf Respekt.

Ungeachtet der Vielzahl heftiger Missverständnisse und Verzerrungen steckt im Artikel eine fundierte These: Die Integration der Länder der Region ist die Erfolgsgeschichte des Kontinents, und 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs (als Ungarn würde ich es eher Zufallbringen nennen) trägt (auch) Deutschland eine große Verantwortung dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt. Der auch im Artikel angesprochene Besuch der Bundeskanzlerin in Sopron, die Treffen der Parlamentspräsidenten und der Außenminister in Berlin anlässlich der Öffnung der ungarischen Grenze, die vom Bundespräsidenten angestoßene Initiative zum zeitnahen Treffen mit seinen ungarischen Partnern in der Region zeigen, dass sich Deutschlands führende Politiker bewusst sind, welchen Stellenwert dieses besondere Verhältnis für die Zukunft der EU hat.



Botschafter von Ungarn

Nach einigen der im Artikel formulierten Thesen könnte man den Eindruck gewinnen, diese Entwicklung bereite nicht allen Freude. Sofortige Kritik ruft unser Selbstbild auf den Plan, dass wir es wagen, stolz auf das Erreichte zu sein und Anspruch erheben auf den unter den Mitgliedstaaten gebotenen Respekt und Gleichbehandlung. Dies als Minderwertigkeitskomplex oder nationalen Egoismus zu werten ist in hohem Maße bedenklich. Der Artikel beruft sich auf die Besonderheiten Deutschlands, die aus der eigenen Vergangenheit erwachsen. Wir sind jederzeit bereit diese anzuerkennen und zu respektieren. Gleichzeitig ließe sich vom Autor erwarten, dass dieser Respekt auf Gegenseitigkeit beruht, dass auch Besonderheiten, die sich aus unserer Geschichte, aus unserer Geschichtsauffassung ergeben, auf Akzeptanz stoßen, ob die Ereignisse nun sechs Jahrhunderte oder acht Jahrzehnte zurückliegen. Wenn wir den Standpunkt vertreten, dass eine starke EU nur mit starken Mitgliedstaaten einhergehe, dann steht der Vorwurf eines aus den Schrecken des Nationalsozialismus abgeleiteten nationalen Egoismus dazu in keinem Verhältnis.

Wie ein Mantra kommt der Vorwurf der „illiberalen Demokratie“ und zugleich die unumstößliche Behauptung, dies sei ein Widerspruch in sich. Warum eigentlich? Lesen Sie bitte aufmerksam Artikel 2 des EU-Vertrags. Darin sind unsere gemeinsamen Werte festgehalten, auf die wir bestehen, und auf die wir uns auch berufen. Das Attribut liberal kann ich da nicht finden. Das ist verständlich, denn die Demokratie ist auch dann eine Demokratie, wenn sie eine Christ- oder Sozialdemokratie ist. Es gibt Bereiche, die einen fundamentalen Einfluss auf unser Leben haben und in denen die Mehrheit der Ungarn ausgesprochen kein Interesse daran hat, dem liberalen Modell zu folgen, seien es Familie, Kultur oder Migration.

Was die Vorwürfe zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Grundrechten angeht, ist das Problem, dass wir alle diesbezüglichen Debatten und Konflikte bereits mit der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge abgeschlossen haben oder abschließen werden, und zwar gemäß der in den Verträgen festgehaltenen Prinzipien und Regeln. Dass das Verfahren nach Artikel 7 vom Europäischen Parlament eingeleitet wurde (die Europäische Kommission sah dazu keine Veranlassung), sagt viel über den politischen Charakter dieses Prozesses.

Korruption ist überall ein Problem, das ist auch bei uns nicht anders, dessen ungeachtet kann sich die Wirtschaftsleistung sehen lassen. Von den mehreren tausend in Ungarn tätigen deutschen Unternehmen würden mehr als 80 % wieder bei uns investieren. Ungarns Wachstumsrate ist im zweiten Quartal 2019 an die Spitze der EU gerückt. Ich denke, das entzieht den Anschuldigungen des Autors hinreichend den Boden.

Angesichts des Vorwurfs der Fremdenfeindlichkeit gelassen zu bleiben fällt schwer. War der Autor schon mal in Ungarn? Zu einem Spaziergang am Donauufer oder in der Pester



Botschafter von Ungarn

Innenstadt? Hat er mit deutschen Investoren in Ungarn gesprochen oder mit deutschen Kollegen, die in und um Győr, Kecskemét oder Miskolc eine bedeutende Etappe ihres Lebens verbringen? Hat er je Vertreter der etwa 200.000 Ungarndeutschen getroffen? Falls er aber darauf angespielt hat, dass Ungarn die grüne Außengrenze der EU schützt, kann es nicht schaden, in einem so prominenten Wirtschaftsblatt auf folgendes zu verweisen: Als Ministerpräsident Orbán erklärte, Ihr, also der Deutschen, »Burgkapitän« zu sein, hat er damit mehr gesagt, als dass er durch die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen über die Sicherheit der EU-Bürger wacht. Das war ebenso eine immens wichtige wirtschaftspolitische Botschaft, dass nämlich nur die Aufrechterhaltung des durch Schengen geschützten Binnenmarktes unseren Platz im globalen Wettbewerb sichert. Bietet die Außengrenze keinen Schutz, folgen aufeinander die Kontrollen an den Binnengrenzen. Was wiederum das Ende des europäischen Wirtschafts- und Lebensmodells bedeuten würde.

Last but not least sollen noch ein paar Worte fallen, weshalb wir von Wirtschaftserfolg sprechen können. Wie kommt es, dass die Visegrád-Gruppe mit ihren 64 Millionen Einwohnern heute haushoch Deutschlands wichtigster Handelspartner, und neuer Motor der europäischen Wirtschaftsleistung ist? Der 294 Milliarden Euro Handelsumsatz liegt nicht einfach nur deutlich höher als der Umsatz Deutschlands mit China (199 Mrd.), den USA (178 Mrd.) oder Frankreich (171 Mrd.), sondern er hat auch eine gesunde Binnenstruktur, ist ausgewogen.

Nicht unerheblich ist auch die Frage, welchen Weg Ungarn eingeschlagen hat, seit es 2008, noch vor Griechenland, Zuflucht unter dem Währungsschirm der Europäischen Kommission und des IWF gesucht hat. Der uns im Artikel mehrfach, wenn auch leidenschaftslos bescheinigte wirtschaftliche Erfolg ist nicht vom Himmel und uns nicht einfach in den Schoß gefallen. Die Arbeit von Millionen Ungarn und eine bisweilen nicht ohne Grund unorthodox zu nennende Wirtschaftspolitik resultierte darin, dass Ungarn, das sozusagen als erster Staatsbankrott anmelden musste, bis 2013 seine aus dem Programm stammenden Schulden bis auf den letzten Cent zurückgezahlt hatte und im zweiten Quartal 2019 mit 5,2 % das höchste Wirtschaftswachstum innerhalb der EU aufweisen konnte. Ungarns Wirtschaftspolitik auf dem Grat zwischen Reform und Revolution stützt sich auf die vier Grundpfeiler Haushaltsdisziplin, neues Steuersystem, »workfare society« und politische Stabilität. Neben den Parametern zum Wirtschaftswachstum soll auch festgehalten werden, dass vor zehn Jahren noch 3,5 Millionen Ungarn gearbeitet haben, von denen nur 1,8 Millionen Steuern zahlten, heute liegen beide Zahlen gleichauf bei 4,5 Millionen.

Und hier, denke ich, spielen auch tiefe kulturelle Wurzeln eine Rolle. Wir sprechen von Ländern, in denen bis heute die alte schwäbische Hausfrauenweisheit gilt, dass zuerst



Botschafter von Ungarn

herangeschafft sein will, was später verteilt werden soll. Wir glauben weiterhin, dass wir kommenden Generationen gegenüber nicht nur in der Klimapolitik Verantwortung tragen, sondern auch hinsichtlich des Staatshaushalts. Ging Ungarns Staatsverschuldung vor zehn Jahren noch in Richtung 90 %, liegt sie heute unter 70 % und wird bis 2022 auf unter 60 % sinken. Unsere Politik der Haushaltsdisziplin läuft Strukturreformen nicht zuwider, sondern ist im Gegenteil ihr integraler Bestandteil. Die Übernahme des deutschen Dualen Ausbildungssystems und Reformen hin zu einem leistungs-, arbeits- und familienorientierten Steuersystem zeigen sehr viel tiefer gehende Verbindungen zur deutschen Wirtschaft. Wir lassen die Ära der verlängerten Werkbank hinter uns und werden Teil immer innovativerer Wertschöpfungsketten. Deutschland, die deutsche Wirtschaft sind (auch) hier unsere natürlichen strategischen Partner, ja Verbündeten.

Diese strategische Partnerschaft wollen wir weiter vertiefen. Die Digitalisierung, eine vernunft- und innovationsgeleitete Klimapolitik und das Einstehen für den Freihandel sind dafür ein hervorragendes Feld. Und damit bekräftige ich Ungarns Anspruch auf ein starkes Europa aus starken Mitgliedstaaten, das in der Lage ist, seinen Platz im neuen globalen Umfeld zu behaupten. Für dessen Umsetzung ist die Neubesetzung der Institutionen und der damit einhergehende Neubeginn des institutionellen Zyklus ein hervorragender Ausgangspunkt. Diesen Anspruch vertreten wir im Bewusstsein unserer vollen Legitimation.

Den Handelsblatt-Artikel und meine Stellungnahme veröffentlichen wir auf der Facebook-Seite der Botschaft von Ungarn in Berlin. Ich halte den „Anspruch“ für legitim, dass mein Brief im Handelsblatt an entsprechender Stelle veröffentlicht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Péter Györkös